Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 146. **Donnerstag** den 21. März 1901. 95. Jahrgang.

Ein Jubiläum.

Das dritte Jahrzehnt seit der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags hat sich nunmehr vollendet. Die Berliner Zeitungen stellen fest, daß Wenige von Denen noch übrig geblieben sind, die am 21. März 1871 an der Eröffnung des Reichstags theilnehmen konnten. Im Uebrigen geht durch die Spalten der Berliner Presse ein allgemeiner Jammer über die Unhaltbarkeit der Zustände im diätenlosen Reichstage. Der Gesichtskreis der Berliner Publicisten ist auch in diesem Falle wieder einmal der engste von allen. Niemand bestreitet ja, daß im Reichstage die Wochen der Beschlußunfähigkeit sich folgen und daß diese Wochen der unbefriedigenden Arbeit sich auch gleichen. Aber das hängt wesentlich mit dem Umstande zusammen, daß die sachlich ernste Arbeit im diätenlosen Parlamente sich naturgemäß mehr und mehr in die Commissionen zurückzieht, wo überdies genügender Schutz gegen die Zeitvergeudung durch uferloses Geplauder gewährt werden kann. Auch wenn durch die Diätengewähr einigermaßen hierin Wandel geschaffen werden und die Mitarbeit des Plenums wieder in größerem Maße in Anspruch genommen werden könnte, bliebe es noch der Erwägung anheimgestellt, ob die Geschäftsordnung des Reichstages auf ihrer gegenwärtigen Grundlage beharren soll, ob sie nicht in dem Sinne weiter zu entwickeln wäre, daß gewiß: unpolitische gesetzgeberische Arbeit überhaupt im Wesentlichen der commissarischen Erledigung zugewiesen würde. Doch dies ist schließlich auch nur eine nebensächliche Frage. Die Hauptsache, auf die es namentlich ankommen muß, wenn man bei Gelegenheit eines solchen Gedenktages, wie des gegenwärtigen, einen größeren Zeitabschnitt der Entwickelung überblickt und das Facit daraus ziehen will, ist doch in ganz anderer Weise zu ergründen.

Der Reichstag sollte die Einrichtung sein, in der die gesunden Kräfte des deutschen Volkes, über die Stammesunterschiede und über die politischen Landesgrenzen hinausgehoben, in der Vereinigung die Fähigkeit finden sollten, ein selbstständiges und auch von aller Schablone freies Verfassungsleben zu führen und dieses eigenartige Dasein allen Stürmen zum Trotze zu behaupten. Nun hat es vom ersten Tage an nicht an Kleinlauter Kritik gefehlt. Bald hieß es, es sei der Doctrinarismus, der dem Reichstage die Lebensfähigkeit im Keime zerstöre, bald war es der confessionelle Gegensatz, der jede Voraussetzung eines wirklichen parlamentarischen Lebens in Frage stelle. Bald war es das Uebergewicht der Persönlichkeit Bismarck's, neben dem ein freies Verfassungsleben sich nicht entfalten lasse. Bald war es die Neigung weiter Volkskreise zur Uebertreibung, zur Ueberspannung des Staatsbegriffs, welche es vereitle, daß die besonnenen Kräfte sich zur Geltung bringen könnten. Schließlich waren es die Schwarmgeister und vor Allem auch die socialistischen Himmelsstürmer, die den gedeihlichen Fortgang einer in der Ueberlieferung sich begründenden, allmählich vorwärtsschreitenden Reformarbeit das unüberstigliche Hinderniß bereiteten. Und wenn wir heute auf die verflossenen dreißig Jahre zurückschauen, möchten wir doch das Facit dahin ziehen, daß alle die Kräfte, die das Böse wollten, weit mehr dazu gedient haben, das Gute zu fördern, als sie selbst es sich gestehen dürften. Erst kürzlich haben wir wieder aus dem Munde des Abg. Bassermann, gelegentlich einer Rede in Halle, überzeugend vernommen, wie außerordentlich ergiebig die Mitarbeit des Reichstages in jeder Hinsicht gewesen und bis in die neueste Zeit hinein geblieben ist. Wenn wir constatiren, daß dem Auslande das Ganze unserer Gesetzgebung und noch mehr das entscheidende Detail der gesetzgeberischen Arbeit schlechthin unverständlich ist, daß die öffentlichen Kreise in England wie in Frankreich an dem Wesen und den Resultaten des deutschen Parlamentarismus wie an etwas verschleiert Räthselhaftem vorübergehen, ohne für sich im Geringsten eine Nutzanwendung daraus zu finden, so dürfte damit schon hinreichend bewiesen sein, daß der deutsche Parlamentarismus sich seine Eigenart geschaffen und gewahrt hat.

Die Schablone des englischen Verfassungsrechts ist jedenfalls vollständig unbeachtet geblieben bei Allem, was diesseits eingerichtet werden mußte, — so eifrig auch die Lasker und Bamberger u. s. w. jahrelang bemüht waren, jene fremden Formen des Parlamentarismus auf unser neues Verfassungsleben anzuwenden. Wie seine Eigenart, so hat der Reichstag andererseits auch seine Unentbehrlichkeit nachgerade bewiesen. Fürst Bismarck selbst war es, dem seine Schöpfung eine zeitlang die größte Sorge bereitete. Er verzweifelte vorübergehend, daß sie dauernd so unentbehrlich sein werde, wie sie es unter allen Umständen im Augenblicke der Verfassungsgesetzgebung selbst war, und befürchtete ernstlich, daß sie auf die Dauer gute Erzeugnisse nicht zeitigen könnte, vielmehr unter verderblichen Einflüssen des Doctrinarismus und des Radikalismus die gesunde Entwickelung des Reiches hemmen müßte. In dieser bedrückten Stimmung brachte er anfangs der achtziger Jahre jene Gesetzentwürfe ein, welche die zweijährige Etatperiode schaffen und die Redefreiheit im Parlamente namhaft einschränken sollten. Seit der Ablehnung dieser Gesetze sind zwanzig Jahre vergangen und der Reichstag ist mit jedem Jahre unentbehrlicher geworden, er hat aber auch den Beweis erbracht, daß bei aller Aufdringlichkeit der minder werthvollen Kräfte im Volksleben und der offenen Untugenden im staatsbürgerlichen Leben — der Leidenschaft und der Begehrlichkeit, des Eigenwillens und der Abhängigkeit von Rücksichten auf Dritte — schließlich doch eine Summe von vernünftigen Erwägungen zur Herrschaft sich durchringt und die vitalen Interessen des Volkes bewußt oder unbewußt weiter zu entwickeln sich bestrebt.

Wir haben keine Ursache, zu verzweifeln. Das Reich ist noch jung, es hat noch eine lange Reihe von Erfahrungen zu sammeln, deren Quintessenz dem Parlamentarismus in England die unverwüstliche Lebenskraft gegeben hat. Es können Jahrzehnte kommen, in denen die Rechte der Volksvertretung gegen irrende Volksströmungen vertheidigt werden müssen, es ist auch wohl denkbar, daß der Cäsarismus in irgend einer Form und in irgend einem Jahrzehnt sich an die Stelle des Parlamentarismus zu setzen strebt. Das wird wiederum andere Kämpfe wachrufen müssen. Nicht unmöglich, daß die Zusammenballung der wirthschaftlichen Interessen, wie sie durch die Trusts und Cartelle in der Gegenwart sich zu vollziehen scheint, ganz neue und nie geahnte Gefahren der Corruption über das deutsche Parlament bringt. Ebenso möglich, daß die confessionellen Gegensätze, unter neuen Gesichtspuncten organisirt, das Parlament zu beherrschen, das will sagen, es lebensunfähig zu machen suchen. Auf alle diese größeren und ernsteren Möglichkeiten muß der Blick hingelenkt werden. Und bevor wir die Summe der Erfahrungen vor uns haben, die in diesen Kämpfen und Schwierigkeiten für eine Volksvertretung gewonnen werden, lehnen wir es rundweg ab, die kleinlichen Erscheinungen des Augenblicks so hoch anzuschlagen, als ob um ihretwillen am Reichstage verzweifelt werden müßte. Es gefällt dem Einen und dem Anderen auch sonst Vieles nicht im öffentlichen Leben, was mit dem Reichstage gar nichts zu thun hat. Deswegen wird man doch nicht an den anderen Grundlagen unserer nationalen Einheit verzweifeln dürfen. Wir müssen uns nur klar werden, daß wir uns im gegenwärtigen Augenblicke des Gedenktag-Festes deutsch im Flachlande befinden. Eine Weile muß man aber auch hier des Weges gehen. Kein Einzelner und kein Volk hat die Fähigkeit in sich, unausgesetzt auf den höchsten Höhen sich zu bewegen.

Die Wirren in China.

Russisch-englische Reibereien.

* **Tientsin**, 19. März. (Telegramm.) Die Lage betreffs des englisch-russischen Zwischenfalls hat von keiner Seite eine Aenderung erfahren. Feldmarschall Graf Waldersee trifft heute hier ein. Der englische und der russische Commandant warten auf die Befehle ihrer Regierungen. (Wiederholt.)

* **Tientsin**, 19. März. (Telegramm.) Feldmarschall Graf Waldersee hat heute Nachmittag Tientsin passirt. (Wiederholt.)

* **London**, 20. März. (Telegramm.) Die Blätter berichten aus Victoria (Britisch-Columbien): Nach hier brieflich eingegangenen Nachrichten gerieth ein Wächter des englischen Consulats in Niutschwang außerhalb des Consulats mit drei Kosaken in Streit. Die Kosaken bedrohten ihn mit dem Bajonett, worauf der Wächter hinter das Thor des Consulats sich zurückzog. Ein Kosak feuerte hierauf durch das Gitter und tödtete den Wächter. Der englische Consul hat bei den russischen Behörden Beschwerde erhoben.

Zu der „Times"-Meldung, daß Graf Waldersee in Tientsin zwischen Engländern und Russen intervenirt habe, um dem feindseligen Verhalten der englischen und russischen Truppen ein Ende zu machen, schreibt anscheinend inspirirt die „Post":

„Der Ausdruck „intervenieren" ist hier jedenfalls schief gewählt und könnte zu falschen Deutungen Anlaß geben. Thatsache ist, daß die englischen und russischen Truppen in Tientsin sich kampfbereit gegenüber standen, so daß ein ernster Zusammenstoß möglich war. In diesem Momente zeigten jedoch die Obercommandirenden an Ort und Stelle Umsicht genug, daß sie die Zurückziehung der Haupttruppenmacht befahlen und das streitige Gebiet nur durch eine kleinere Abtheilung bewachen ließen. Naturgemäß mußte aber dieser Vorfall die Chinesen zu der Annahme verleiten, die verbündeten Mächte seien uneinig, was zu vermeiden im wohlverstandenen Interesse aller betheiligten Staaten liegt. Aus diesem Gesichtspuncte heraus dürfte auch wohl der Obercommandirende Graf Waldersee — wie schon früher bei ähnlichen Anläßen — mit bestem Erfolge vermittelnd eingegriffen haben, indem er vor Allem darauf hinwirkt, daß Russen und Engländer alle Truppen von dem umstrittenen Gebiet zurückziehen. Selbstverständlich kann es sich hierbei nur um eine Vermittelung auf militärischen Rücksichten und im militärischen Sinne handeln — um eben den Chinesen ein alle Fremden beschimpfendes Beispiel von Zwiespalt in den Reihen der verbündeten Mächte nicht länger vorzuführen, die jedoch mit der Lösung der vorliegenden Streitfrage nicht das Mindeste zu thun hat, da diese außerhalb der Competenz des Oberbefehlshabers liegt."

Auftheilungsphantasien.

Aus Berlin, 19. März, wird der „Köln. Ztg." officiös depeschirt: Eine Zuschrift an die „Daily Mail" mahnt die englische Regierung, als Antwort auf die Ueberlassung der Mandschurei an die Russen feste Hand auf das Yangtse-Thal zu legen und den bisherigen Grundsatz der offenen Thür für dieses Gebiet fallen zu lassen. Großbritannien und Japan würden, so lange sie beide allein blieben, nicht den Versuch machen, die Mandschurei an China zurückzustellen, und daraus ergebe sich von selbst der Beginn der Auftheilung Chinas. Umsomehr müsse jetzt England darauf sehen, daß keine andere Macht sich im Yangtse-Thale festsetze oder sich dort einmische. England müsse erwarten, daß Deutschland in dieser Hinsicht dasselbe Entgegenkommen beweisen werde, das England Deutschland gegenüber bei der Festsetzung in Schantung bewiesen habe. Die englisch-ostasiatische Politik dürfe nicht mehr auf den Grundsatz der offenen Thür, sondern auf die neue Grundlage der alleinigen Vorherrschaft Englands über das Yangtse-Thal gestellt werden. Zu diesem Zwecke müsse England zunächst den Vicekönigen des Yangtse-Thales die erforderlichen Geldmittel vorschießen, um den Kaiser Kwangsü von Singanfu nach Wutschang zu bringen. Weiter müsse es eine Pachtung zu Tinghai in Tschusan erwerben und die Eisenbahn von Schanghai nach Sutschau und Nanking möglichst bald ausführen. Es genügt, diesen Phantasien gegenüber darauf hinzuweisen, daß es bisher sämmtliche Staaten als das Hauptziel ihrer Bemühungen, den chinesischen Wirren ein Ende zu machen, gerade umgekehrt die Vermeidung einer Auftheilung Chinas hingestellt und verfolgt haben. Was besonders das Yangtse-Thal betrifft, so ist hinreichend bekannt, daß neben England noch eine größere Anzahl anderer Mächte aufs Lebhafteste an den ferneren Schicksalen dieses reichen Gebietes Interesse nimmt. Wie weit das bei Deutschland zutrifft, ergiebt sich schon allein aus dem jüngsten Abschlusse des deutsch-englischen Yangtse-Abkommens. Aber daneben stehen auch in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan, die ein ganz beträchtliches Interesse an der Aufrechterhaltung der offenen Thür in diesen Gegenden haben und sicherlich nicht zulassen werden, daß diese Thür ohne ihre Zustimmung geschlossen wird. Selbst Rußland hat an der Belassung dieser offenen Thür ein Interesse, als es am Theehandel in jenen Gegenden nicht unerheblich betheiligt ist. Schon diese einfachen Thatsachen genügen, um zu beweisen, welch geringe praktische Bedeutung die Anregung der angeführten Zuschrift für die englischen Staatsmänner haben wird.

Entschädigungsfrage.

* **New York**, 20. März. Ein Telegramm der „Evening Post" aus Washington berichtet, der Präsident Mac Kinley habe vorgeschlagen, die Mächte sollten als Gesammtentschädigung eine Pauschalsumme festsetzen, die zu zahlen China die Mittel habe, und den jeder Macht zukommenden Antheil davon bestimmen. (Wiederholt.)

Der Krieg in Südafrika.

Scheitern der Friedensverhandlungen.

„Times" schreibt, es sei bedauernswerth, obwohl nicht gerade überraschend, daß die Unterhandlungen zwischen Kitchener und Botha erfolglos geblieben seien. Doch sei Grund für die Annahme vorhanden, daß der Boerengeneral selber gern den Kampf beendigt hätte (?), der, wie er als vernünftiger Mann wisse, zwecklos und nachtheilig für die Interessen der Boerenbevölkerung sei, jedoch sei es bekannt, daß andere Personen, die noch gewisse Autorität ausüben, unversöhnlich seien. Niemand könne sanguinisch hinsichtlich des Ausganges der Unterhandlungen gewesen sein, als es bekannt wurde, daß die Zustimmung dieser Personen eingeholt werden solle. Nachdem die Unterhandlungen geschritten seien, bleibe nichts Anderes übrig, als den Krieg mit unermüdlicher Energie fortzusetzen. Dies thue Kitchener jetzt.

Pretoria unter britischer Militärverwaltung.

Aus Pretoria, Mitte Februar, schreibt man uns:

Wenn man als unparteiischer Zuschauer die englische Administration seit der Occupation Pretorias mit angesehen hat, so kann man eigentlich nicht behaupten, daß die Engländer dem Rufe, den sie genießen, hervorragende Administratoren zu sein, sehr gerecht geworden sind. Im Gegentheil, ihre Maßnahmen verrathen oft statt energischer zielbewußter Politik ein unsicheres experimentirendes Vorgehen, das keineswegs dazu angethan ist, das Vertrauen der neuen Unterthanen in besonderem Grade zu erwecken, und so ist es nicht zu verwundern, wenn die Boeren den Engländern fortgesetzt den Vorwurf des Wortbruchs machen.

Wie bekannt, war den Boeren, die freiwillig die Waffen niederlegten, feierlich versprochen worden, sie dürften auf ihren Farmen bleiben, auch ihre landwirthschaftlichen Producte ungehindert zu Markte bringen. Dieses Versprechen mußte bald in den meisten Fällen zurückgezogen werden, da es unmöglich war, die betreffenden Boeren vor ihren eigenen Landsleuten zu schützen, deshalb wurden die Leute angewiesen, mit ihren Habseligkeiten nach der Stadt zu kommen, wo ihnen leerstehende Häuser angewiesen wurden. Vor Kurzem nun wurden sämmtliche Boerenfamilien nach Irene transportirt, einem Landgut, etwa 9 Meilen von Pretoria, wo die Leute theilweise in Baracken aus Wellblech, zum größten Theil aber in Zelten untergebracht sind. — Es verlautet sich, daß sie dort, zwar nicht dem Namen nach, aber thatsächlich nichts Anderes sind als Kriegsgefangene. Es ist begreiflich, daß die Erbitterung unter den Leuten sehr groß ist, um so mehr, als zur gegenwärtigen Zeit, wo schwere Gewitterregen an der Tagesordnung sind, das Leben in solch einem „Camp" nichts weniger als genußreich ist.

Officiell hieß es, diese Maßregel habe sich als nöthig erwiesen, um die sanitären Verhältnisse der Stadt zu bessern; thatsächlich dürfte die Spionenfurcht viel damit zu thun gehabt haben, denn die Behörden sind seitdem noch einen Schritt weiter gegangen.

Es ist nämlich den Boeren, welchen seither noch erlaubt wurde, auf ihren Farmen zu bleiben, inzwischen verboten worden, nach der Stadt zu kommen. — Um aber die Zufuhr von frischem Gemüse u. s. w. nach der Stadt nicht unmöglich zu machen, ist den Leuten erlaubt worden, bis an die Vorposten zu kommen, wo die militärischen Behörden die Producte in Empfang nehmen lassen; letztere werden dann auf dem Markt meistbietend verkauft und den Boeren das Geld dafür eingehändigt.

Es ist begreiflich, daß bei diesem neuesten Auswuchs der militärischen Thätigkeit manches komische Intermezzo mit unterläuft. So z. B. ließ ein bekannter Boer kürzlich eine kleine Heerde von etwa 50 Schafen antreiben. Der Unterofficier des Vorpostens hatte offenbar noch nie viel mit Schafen zu thun gehabt; er schickte die schwarzen Treiber fort, indem er ihnen sagte, sie sollten die Schafe „nur stehen lassen", bis Jemand Zeit habe, dieselben zum Markt zu bringen. Als es endlich so weit war, waren aber die Schafe nicht mehr zu sehen, und die Soldaten, welche sich natürlich nicht weit von dem Posten entfernen durften, konnten nur zwei oder drei von den Thieren wiederfinden; der Eigenthümer ist nun mit Recht darauf gespannt, wer ihm die fehlenden Schafe bezahlen wird. Seine Neugierde soll bisher noch nicht befriedigt worden sein.

Der Verkauf der Landbau-Producte geschieht, wie eingangs erwähnt, meistbietend auf dem Markte, und da die Zufuhr, nicht zum Wenigsten wegen der den Boeren gemachten Erschwerungen und Scherereien, sehr gering ist, so sind die Preise natürlich oft enorm. So zum Beispiel erzielten Eier mitunter 8 Shillings das Dutzend, Hühner 10 Shillings per Stück, Kartoffeln 5 bis 6 Pfund per Sack; der Preis von Früchten ist fast unerschwinglich, desgleichen von Mais, Hafer u. s. w. — Mit Recht fragen sich viele Leute, warum es diesen Producenten erlaubt wird, Preise einzuheimsen, welche fünf bis zehn Mal so hoch sind wie die normalen, während den Kaufleuten genau vorgeschrieben ist, wie sie Lebensmittel verkaufen müssen, und ihr Profit in manchen Fällen bedeutend niedriger gestellt ist, als in Friedenszeiten.

Der folgende Fall ist köstlich: Laut Proclamation betreffend Verkauf von Lebensmitteln setzt sich jeder Kaufmann dem Verlust seiner Licenz und sonstigen „bedeutenden Unannehmlichkeiten" aus, der es wagt, Mais zu einem höheren Preis als 20 Shilling per Sack zu verkaufen, während die Behörden selbst täglich auf dem Markt vierzig Shilling und darüber bezahlen.

Die Unzufriedenheit über derartige Handhabung der den militärischen Autoritäten zur Zeit zustehenden Macht ist besonders groß in den Kreisen der hiesigen englischen Geschäftsleute, deren Begeisterung für die englische Sache sich ohnedies schon durch das endlose Hinziehen des Krieges bedeutend abgekühlt hat.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 20. März. (Weiland und Kullmann.) Der Mißgriff, die That des Epileptikers Weiland auf Beeinflussung durch die englandfeindliche deutsche Presse zurückzuführen, wird in einem Centrumsblatte mit dem Jubelrufe: „Die Partei Kullmann ist gerächt!" begrüßt. Gegenüber diesem Versuche, die einstigen Ausschreitungen klerikaler Agitation als für das Attentat Kullmann's auf den Fürsten Bismarck ebenso bedeutungslos hinzustellen, wie es die englandfeindliche Haltung deutscher Blätter für die That des Schlossers Weiland zweifellos ist, muß an das Geständniß Kullmann's in aller Kürze erinnert werden. Vor dem Schwurgerichte zu Würzburg hat Kullmann am 20. October 1874 bekannt, daß er in dem katholischen Männerverein zu Salzwedel Vorträge des Pfarrers Störmann über das Thema „Die Religion ist in Gefahr" gehört hatte. Dort hat er den fanatischen Katholiken spielen gelernt und für die ihm eigene Gewaltthätigkeit, die in wiederholten Messerstechereien sich geäußert, eine Aufgabe gefunden, die er sich als Verdienst um die Kirche vorspiegelte; und schließlich war er nach Kissingen mit einem festen Vorsatze gereist, den er am 13. Juli kaltblütig zur Ausführung brachte und vor seinen Richtern auch nicht geleugnet hat. Was er aber vorher im Gespräch mit dem Fürsten Bismarck selbst bekannte, darüber berichtete der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 4. December 1874 das Nachstehende, nachdem er gegenüber dem Abgeordneten Jörg bestritten hatte, daß Kullmann „halb verrückt" wäre: „Der Mann hat bei der einzigen Unterredung, die ich mit ihm gehabt habe, wo ich ihn fragte, wenn Sie mich nicht gekannt haben, warum haben Sie mich denn umbringen wollen — darauf hat er mir geantwortet: Wegen der Kirchengesetze in Deutschland. Ich habe ihn weiter gefragt, ob er denn glaubte, damit die Sache zu verbessern. Darauf hat er gesagt: Bei uns ist es schon so schlimm — es kann nicht schlimmer werden. Ich habe mich überzeugt gehalten, daß er diese Redensart irgendwo in Vereinen aufgeschnappt hat. Und dann hat er noch gesagt: Sie haben meine Fraction beleidigt. Ich fragte: Welches ist denn Ihre Fraction? Darauf hat er mir der Zeugen gesagt: Die Centrumsfraction im Reichstag. (Pfui! aus dem Centrum.) Ja, meine Herren, verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!" Vergleicht man diese Aussagen des Attentäters Kullmann mit den Aussagen des Schlossers Weiland und mit den Ermittelungen über den Bremer Vorfall, so muß jeder Unbefangene zugeben, daß Kullmann und Weiland schlechterdings nicht auf eine Stufe gestellt werden dürfen, daß vielmehr die englandfeindliche Haltung deutscher Zeitungen an der That Weilands vollkommen unschuldig, dagegen die Beeinflussung Kullmann's durch die damalige Agitation des Klerikalismus unverkennbar ist.

C. H. **Berlin**, 20. März. (Die Berliner socialdemokratisch organisirten Arbeiter.) In den letzten Jahren hat in Berlin die Zahl der in den Gewerkschaften organisirten socialdemokratischen Arbeiter ganz bedeutend zugenommen; diese Arbeiter sind ein gewaltiger Factor geworden und bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir sehen, daß in Berlin nur noch im 1. Wahlkreise die Aussichten der bürgerlichen Parteien günstig sind. Heute giebt es in Berlin 107 058 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter, und zwar 94 758 centralorganisirte und 12 300 localorganisirte. 1899 wurden nur 70 723 Centralorganisirte gezählt, sie haben also um 24 035 zugenommen. Die Localorganisirten sind die radikalen Elemente, die von Compromissen nichts wissen wollen und die gewerkschaftliche Bewegung als die Stätte betrachten, „an welcher die Geister revolutionirt und die Pioniere für den proletarischen Classenkampf geschult und herangebildet werden". Die Centralorganisirten haben ihre Spitze in der Gewerkschaftscommission, die Localorganisirten in dem Gewerkschaftscartell. Von den Centralorganisirten haben die meisten Mitglieder die Metallarbeiter (20 000); es folgen die Holzarbeiter mit 12 000, die Handelshilfsarbeiter mit 8558, die Buchdrucker mit 5500, die Maurer mit 4693, die Bauarbeiter mit 4300, die Zimmerer mit 2529, die städtischen Arbeiter mit 2200, die Schneider mit 1500, die Sattler mit 1420, die Lithographen mit 1331, die Droschkenkutscher mit 1300. Von den Streiks, bei denen die Gewerkschaftscommission betheiligt war, sind am bemerkenswerthesten derjenige der Holzarbeiter, der 267 196 ℳ kostete und mit einer Vereinbarung vor dem Gewerbegerichte beendet wurde, und derjenige der Pferdebahnangestellten, an dem sich 4328 Mann betheiligten und der durch die Vermittelung des Oberbürgermeisters Kirschner zum Abschluß gebracht wurde. Das Gewerbegericht wurde im vergangenen Jahre 11 mal bei großen Streiks um Vermittelung angerufen, 9 mal mit Erfolg. In zahlreichen Städten haben sich bekanntlich die Socialdemokraten in der letzten Zeit Arbeitersekretariate geschaffen; in Berlin hat die schon seit Jahren bestehende Gewerkschaftscommission dieselben Functionen und sie erstrebt noch viel weiter gehende Ziele: sie will die Vertretung der Recurssachen vor dem Reichsversicherungsamte für alle in Deutschland bestehenden Arbeitersekretariate übernehmen. Die Sache ist wegen des Geldpunctes noch nicht zu Stande gekommen, wird sich aber doch wohl noch realisiren lassen. Wie man sieht, herrscht ein sehr reges Leben in den Berliner Gewerkschaften; die wirthschaftliche Depression hat die Gemüther eher zusammen, als auseinander geführt. Mit 107 058 gewerkschaftlich organisirten Arbeitern in Berlin übt die Socialdemokratie auf alle wirthschaftlichen Kämpfe den erheblichsten Einfluß aus.

⊙ **Berlin**, 20. März. (Telegramm.) Der Kaiser hörte heute Vormittag die Vorträge des Chefs des Civilcabinets v. Lucanus und des Reichskanzlers Graf v. Bülow.

⊙ **Berlin**, 20. März. (Telegramm.) Heute constituirte sich die Versammlung des **Reichs-Gesundheitsrathes**. Sie wurde von dem Staatssekretär Graf Posadowsky mit einer Rede eröffnet, in der er den Anwesenden dafür dankte, daß sie dem Rufe, ihre wissenschaftlichen und technischen Erfahrungen auf dem Gebiete der praktischen Verwaltung in den Dienst der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Fürsorge zu stellen gefolgt seien. Es sei ein weites Gebiet, das sich den Herren eröffne, das nicht nur darin bestehe, die deutschen Regierungen in dem Kampfe gegen die verheerenden Volkseuchen, deren Gefahren durch die Steigerung des Verkehrs mit fremden Ländern bedenklich

SLUB
Wir führen Wissen.